

Gewerkschaftliche Monatshefte

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

VIERTES JAHR

AUGUST 1953

**TRAU KEINEM, DER NIE PARTEI GENOMMEN
UND IMMER IM TRÜBEN IST GESCHWOMMEN!
DOCH WIRD DIR JENER AUCH NICHT FROMMEN,
DER NIE DARÜBER HINAUS WILL KOMMEN.**

Gottfried Keller

DER BUNDESVORSTAND DES DGB

Wählt einen besseren Bundestag!

Alle wahlberechtigten Staatsbürgerinnen und Staatsbürger sind aufgerufen, am 6. September 1953 einen neuen Bundestag zu wählen. Die deutschen Gewerkschaften sprechen vor dieser wichtigen Entscheidung klar und offen aus: Wir sind nicht zufrieden mit der Arbeit des alten Bundestages!

Vor seiner Wahl im Jahr 1949 hatten wir Forderungen an den Bundestag gestellt. Die durch den Bundestag gewählte Regierung hat in ihrer ersten Erklärung die Erfüllung der von den Gewerkschaftsmitgliedern erhobenen Forderungen zugesagt. Trotzdem sind diese Forderungen zum großen Teil unerfüllt geblieben.

Wir forderten Vollbeschäftigung! *In den letzten vier Jahren waren aber immer weit über eine Million Menschen arbeitslos. Hunderttausende hatten das bittere Los eines Kurzarbeiters zu tragen.* Wir forderten ein umfassendes Wohnungsbauprogramm! *Die doppelte Anzahl von Wohnungen hätte erstellt werden können, wäre der soziale Wohnungsbau nach unseren Vorschlägen gefördert worden.* Wir forderten einen höheren Lebensstandard für Arbeiter, Angestellte und Beamte. *Das Mißverhältnis zwischen Arbeitseinkommen und Preisen ist trotz Mehrleistung des einzelnen nicht beseitigt worden. Im Vergleich zu anderen Ländern der freien Welt ist das Leben bei uns zu teuer.*

Wir forderten die Demokratisierung der Wirtschaft und damit die Gleichberechtigung der arbeitenden Menschen im Wirtschaftsleben! *Die innerbetriebliche Mitbestimmung ist durch das vom Bundestag verabschiedete Betriebsverfassungsgesetz nur in*

DER BUNDESVORSTAND DES DGB

unzureichender Weise geregelt worden. Die überbetriebliche Mitbestimmung wurde vom Bundestag überhaupt nicht in Angriff genommen. Die in der Regierungserklärung bindend zugesagte Neuordnung der Besitzverhältnisse in den Grundstoffindustrien ist ins Gegenteil gekehrt worden. Die alten Eigentümer erhielten ihre Besitzrechte in vollem Umfang zurück, ihr Aktienbesitz wurde hundertprozentig und höher aufgewertet.

Wir forderten ein einheitliches und fortschrittliches Arbeits- und Sozialrecht. Der alte Bundestag hat die bestehende unheilvolle Zersplitterung des Arbeitsrechtes nicht beseitigt. Die vom Bundestag beschlossenen Änderungen in der Sozialversicherung sind ungenügend. Sie haben die Not der alten und arbeitsunfähigen Menschen nicht beseitigt. Eine echte Selbstverwaltung wurde nicht geschaffen. Wir forderten die Beibehaltung staatlicher Zuschüsse zur Verbilligung von Brot und Fett! Bundestag und Bundesregierung haben diese Verbilligung der Lebenshaltung beseitigt. Wir forderten eine soziale Steuergesetzgebung! Bundestag und Bundesregierung beschlossen eine Besteuerung, die den Lohn- und Gehaltsempfänger besonders hart trifft und deshalb unsozial ist.

Wir forderten eine fortschrittliche Verwaltung der Bundesrepublik! Reaktionäre haben während der letzten vier Jahre immer stärkeren Einfluß in maßgeblichen Funktionen des inneren und äußeren Dienstes erhalten.

Kolleginnen und Kollegen! Wählerinnen und Wähler!

Die Forderungen der Gewerkschaften an Bundestag und Bundesregierung, die dem sozialen Fortschritt und einem echten demokratischen Leben dienen sollen, sind unerfüllt geblieben. Sonderinteressen wurden häufig über die allgemeinen Interessen gestellt. Im alten Bundestag und in der alten Bundesregierung saßen zu wenig Männer und Frauen, die gewillt waren, den arbeitenden Menschen die Rechte zu geben, die sie sich insbesondere auf Grund ihrer großen Leistungen nach 1945 erworben haben.

Deshalb richten wir an Euch und an Eure Familienangehörigen den dringenden Appell: Erfüllt Eure Wahlpflicht am 6. September! An diesem Tage sprecht Ihr Euer Urteil über den alten Bundestag. Es ist in Eure Hand gegeben, einen besseren Bundestag zu wählen!

Gebt nur solchen Männern und Frauen Eure Stimme, die entweder Mitglieder der Gewerkschaften sind oder durch ihre Haltung in der Vergangenheit bewiesen haben, daß sie im neuen Bundestag Eure berechtigten Wünsche und Forderungen erfüllen.

Ein besserer Bundestag ist für alle Gruppen unseres Volkes, für Jugend und Alter, für Männer und Frauen, für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten von lebenswichtiger Bedeutung.

Wer Frieden und Fortschritt, Freiheit und Einheit will, wer nicht will, daß wieder Gewaltherrschaft und Krieg, Terror und Bombennächte über uns kommen, der muß durch Abgabe seiner Stimme zur Wahl eines besseren Bundestages die Kräfte ausschließen helfen, die das deutsche Volk ein zweites Mal ins Unglück stürzen wollen.